

DER REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

7. September 2022

17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Revision des Zivilgesetzbuchs im Bereich des Namensrechts Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die vorliegende Revision erweitert die im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Möglichkeiten der Namensführung während der Ehe um einen amtlichen Doppelnamen, welche keine Auswirkungen auf allfällige Kinder zeitigen soll.

Generell ist anzumerken, dass aus Sicht des Regierungsrats keine Gründe bestehen, weshalb die Freiheiten zur Bestimmung des eigenen Namens überhaupt eine Einschränkung erfahren sollen – Rechtsmissbrauch ausgenommen.

Dank der Registerharmonisierung – mit dem Schweizer Personenstandsregister als Referenz und der zugeordneten eindeutigen AHV-Nummer – bestehen in der Praxis keine Schwierigkeiten, die erfassten Personen (unter anderem alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger sowie ausländische Personen, die ein Zivilstandsereignis in der Schweiz oder mit Bezug zur Schweiz hatten) auch nach einer Namensänderung zu identifizieren. Dies ist unter anderem auch bei einer Eheschliessung mit Änderung der Namensführung oder einer amtlichen Namensänderung bereits der Fall. Sowohl betriebsrechtlich als auch strafrechtlich wird durch entsprechende Mitteilungen der Missbrauch eingedämmt.

Mit dem neuen Namensrecht von 2013 sieht die Grundregel vor, dass jede Person ihren Familiennamen behält, wodurch die Familienzusammengehörigkeit nicht mehr erkennbar ist. Durch die Einschränkung auf die Wahl einzig eines Ledignamens der Ehegatten beziehungsweise der Eltern in Bezug auf die Namensbestimmung der gemeinsamen Kinder ergeben sich Konstellationen, wonach die Kinder einen anderen Familiennamen als ihre Eltern führen, wenn beispielsweise die Mutter den Familiennamen des Ex-Ehemannes weiterführt und die Kinder ihren Ledignamen erhalten.

Das Schweizer Namensrecht führt zudem aufgrund der nur ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern zustehenden Optionsmöglichkeiten zur Benachteiligung von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern. So regelt Art. 37 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (IPRG): "*Eine Person kann jedoch verlangen, dass ihr Name dem Heimatrecht untersteht.*" Demgemäss stehen ausländischen Personen bei der Namensbestimmung zu den wenigen Möglichkeiten des Schweizer Rechts auch die Möglichkeiten ihres Heimatstaats zur Verfügung.

Von den im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage präsentierten Varianten zur teilweisen Rückgängigmachung der erfolgten Einschränkungen mit dem neuen Namensrecht ist die als "grosse Lösung" bezeichnete Variante zu präferieren. Diese sieht die Möglichkeit vor, dass beide Eheleute einen amtlichen Doppelnamen führen können, unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Familienname gebildet wird. Die Variante ist weiter dahingehend zu öffnen, dass auch die freie Kombinierbarkeit der Namen möglich ist. Die Aussage zur verworfenen Möglichkeit der freien Kombinierbarkeit des Doppelnamens der Verlobten im Erläuternden Bericht (Seite 17), wonach "*[diese] zu unübersichtlichen Ergebnissen, die dem System des bisherigen namensrechtlichen Konzepts bei Eheschliessung widersprechen, [führt]*" ist angesichts der vom Gesetzgeber mit der Namensrechtsrevision geschaffenen Normlösung wie oben gezeigt nicht nachvollziehbar.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau ist aus den vorstehend erwähnten Ausführungen der Überzeugung, dass grundsätzlich eine gänzliche Öffnung des Schweizer Namensrechts angezeigt ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- eazw@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
eazw@bj.admin.ch

Appenzell, 5. Oktober 2022

Parlamentarische Initiative (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Vor-entwurf zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie begrüsst die Möglichkeit für Eheleute, in Zukunft einen amtlichen Doppelnamen führen zu können. Die vorgeschlagenen Varianten werden aber abgelehnt. Die Interessen der Kinder werden zu wenig berücksichtigt. Ferner sind die Varianten nicht alltagstauglich und führen insbesondere bei der «grossen Lösung» zu Verwirrung und Unsicherheit, weil je nach Konstellation der Namenswahl Kinder anders als ihre Eltern heissen. Damit wird das Ziel, die familiäre Zusammengehörigkeit über den Namen zum Ausdruck zu bringen, nicht erreicht.

Die Vorlage ist konzeptionell zu überarbeiten. Dabei sollten folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Die aktuelle und in der Vorlage übernommene exklusive Anknüpfung an den Ledignamen ist aufzugeben.
- Bei einem gemeinsamen Familiennamen soll der bisher geführte Name oder der Ledignamen mit Bindestrich angefügt werden können.
- Bei der Bestimmung der Namensgebung bei Kindern ist zwingend die «Selbstbeschränkung» auf Ledignamen fallen zu lassen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Kinder den tatsächlich von einem ihrer Elternteile geführten Namen tragen und damit auch für Dritte erkennbar eine Familieneinheit gebildet wird.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Kommission für Rechtsfragen

per E-Mail: eazw@bj.admin.ch
[PDF- und Wordversion]

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 23. September 2022

Eidg. Vernehmlassung; Umsetzung der parlamentarischen Initiative 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 wurden die Kantonsregierungen von der Kommission für Rechtsfragen eingeladen, zum Vorentwurf zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat in Umsetzung der Initiative 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser bis 8. Oktober 2022 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit Blick auf die Gleichstellung von Frau und Mann und auf die Ziele, die die Revision des seit 2013 geltenden Namenrechts verfolgte, befürwortet der Regierungsrat die «grosse Lösung». Sie sieht vor, dass beide Eheleute einen amtlichen Doppelnamen führen können, unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Familienname gebildet wird. Mit dieser Variante verfolgt die Gesetzesrevision das bisher nicht erreichte Ziel, die Stellung der Frau zu stärken, indem ihr Name an Bedeutung gewinnt. Die «kleine Lösung» bringt aus Sicht des Regierungsrates keinen nennenswerten Mehrwert, sondern entspricht weitestgehend der Regelung vor Inkrafttreten des geltenden Rechts.

Es ist zudem zu begrüßen, dass die Namen der Kinder von dieser Revision nicht betroffen sind. Die Doppelnamen bieten lediglich den Ehepaaren die Möglichkeit, einerseits den Namen für die Kontinuität zu behalten und andererseits mit dem Doppelnamen die Familie als Ganzes auszudrücken.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen

Per E-Mail (in Word und PDF) an:
eazw@bj.admin.ch

RRB Nr.: 963/2022
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

21. September 2022

**Vernehmlassung des Bundes: Parlamentarische Initiative 17.523 «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

1. Grundsätzliches

Das Bundesparlament hat per 1. Januar 2013 das aktuell gültige Namensrecht mit dem Grundgedanken eingeführt, das Namensrecht zu vereinfachen: Jede Person soll das ganze Leben lang denselben Namen tragen. Bei Eheschliessungen haben die Paare nach schweizerischem Recht aktuell gleichwohl zwei Varianten zur Wahl: Entweder behalten die Verlobten ihre Namen oder sie wählen einen gemeinsamen Namen, der aus dem Ledignamen einer oder eines Verlobten besteht. Im Alltag des bernischen Zivilstandswesens bietet das aktuelle Namensrecht kaum Grund und Anlass für Anpassungen.

Die heutige gesetzliche Lösung dürfte aus einer allgemeinen Sichtweise für viele Paare dennoch nicht zufriedenstellend sein. Der Familienname hat in der Gesellschaft grosse emotionale, symbolische, aber auch praktische Bedeutung. Er ist im hohen Masse identitätsstiftend und persönlichkeitsrelevant. Der Doppelname dürfte für viele Paare die mitunter schwierige Namenswahl vereinfachen.

Der Regierungsrat begrüsst darum das Bestreben der Parlamentarische Initiative 17.523 «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat» nach einem liberaleren Namensrecht, das den verschiedenen Bedürfnissen der Bevölkerung gerechter wird. Er erblickt mithin keinen wichtigen sachlichen Grund, Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern bei der Wahl des Familiennamens nicht die grösstmögliche Freiheit zu belassen. In Kauf zu nehmen ist dabei, dass das Namensrecht mit einer zunehmenden Anzahl von Varianten komplizierter würde und womöglich einzelne Bürgerinnen und Bürger nochmals andere Varianten bevorzugt hätten. Der

Regierungsrat unterstützt das Vorhaben insgesamt und spricht sich bei der Variantenwahl für die «grosse Lösung» aus.

2. Anträge

2.1 Antrag 1

Der Regierungsrat präferiert bei der Variantenwahl die «grosse Lösung». In allen Lösungsvorschlägen ist konsequenterweise zu berücksichtigen, dass nicht nur der bisherige Name, resp. ein bisherig geführter Name, sondern auch der Ledigname vorangestellt (Kleine Lösung) oder mit Bindestrich angefügt (Grosse Lösung) werden kann. Zudem sollte es möglich bleiben, allein auf Gewohnheitsrecht einen (nicht amtlichen) Allianznamen zu bilden und im Ausweisdokument vermerken zu lassen (Variante 3 auf S. 18 f. des erläuternden Berichts).

2.2 Begründung

Es ist kein wichtiger sachlicher Grund erkennbar, Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern bei der Wahl des Familiennamens nicht die grösstmögliche Freiheit zu belassen.

2.3 Antrag 2

Der erläuternde Bericht führt aus, dass der Name der Kinder nicht angepasst werden soll. Dennoch ist in einer allfälligen Gesetzesrevision zwingend zu berücksichtigen, auch Art. 270 Abs. 1 ZGB anzupassen: Wenn Eltern miteinander verheiratet sind und sie verschiedene Namen tragen, so erhält das Kind aktuell denjenigen ihrer Ledignamen, den sie bei der Eheschliessung zum Namen ihrer gemeinsamen Kinder bestimmt haben. Diesem Absatz ist die Möglichkeit von Ledignamen auf Familiennamen anzufügen. Sinngemäss ist auch Art. 270a ZGB anzupassen, damit das Kind nicht nur den Ledignamen sondern auch den Familiennamen des Elternteils tragen kann. Es ist sehr stossend, dass Kinder unter Umständen einen (Ledig-)Namen tragen müssen, den kein Elternteil führt.

2.4 Begründung

Die Gesetzesbestimmungen, die den Kindern nur das Tragen des Ledignamens eines Elternteils ermöglichen, werden von der Kundschaft der Zivilstandsämter häufig als Einschränkung empfunden.

2.5 Eventualantrag

Sollte der Gesetzgeber die «kleine Lösung» weiterverfolgen, wäre die übergangsrechtliche Regelung auszudehnen und konkret in Art. 8a^{bis} SchIT ZGB sowie Art. 37b PartG keine zeitliche Einschränkung vorzusehen.

2.6 Begründung

Es sollte sämtlichen Ehepaaren sowie Partnerinnen und Partner ermöglicht werden, einen Doppelnamen zu führen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Christine Häslar
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Sicherheitsdirektion
- Staatskanzlei

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrats
Bern

eazw@bj.admin.ch

Liestal, 27. September 2022

Vernehmlassung

**zur Parlamentarischen Initiative 17.523 «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»
(Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs ZGB); Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir stimmen der vorgeschlagenen Ermöglichung von Doppelnamen zu. So können Eheleute ihre Zusammengehörigkeit mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, ohne dass eine oder einer der beiden auf den vor der Ehe geführten Namen verzichten muss. Bei der Umsetzung sprechen wir uns für die "kleine Lösung" aus. Danach darf jene Person, deren Ledigname nicht zum gemeinsamen Familiennamen wird, ihren vor der Ehe geführten Namen dem Familiennamen voranstellen. Diese Regelung entspricht weitgehend der früheren Doppelnamen-Regelung und ist unseres Erachtens klar und verständlich. Allerdings bedauern wir, dass bei der Wiedereinführung von Doppelnamen nicht auch die Frage der Namensführung von Kindern miteinbezogen werden soll.

Freundliche Grüsse


Kathrin Schweizer
Regierungspräsidentin


Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

eazw@bj.admin.ch

Basel, 13. September 2022

**Regierungsratsbeschluss vom 13. September 2022
Vernehmlassung zur Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches zur Ermöglichung
von Doppelnamen bei der Heirat: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Bemerkungen zukommen.

1. Grundsätzliche Einschätzung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt begrüsst die aufgrund der Parlamentarischen Initiative Stamm ausgelöste Revision des geltenden Namensrechts, mit welcher es künftig erneut ermöglicht werden soll, nach erfolgter Eheschliessung einen Doppelnamen zu tragen.

Das schweizerische Namensrecht ist komplex und daher für viele Bürgerinnen und Bürger nur schwer nachvollziehbar. Die in jeweils kurzen Abständen eingeführten Revisionen (1988, 2013 und die nun aktuelle) haben zusätzlich zum Unverständnis beigetragen. Aus diesem Grunde sollte die laufende Revision aus Sicht des Regierungsrats unbedingt dafür genutzt werden, um ein möglichst verständliches und nachhaltiges Namensrecht einzuführen.

2. Kleine oder grosse Lösung

Von den vorgeschlagenen Umsetzungsvarianten bevorzugt der Regierungsrat die «grosse Lösung». Die «kleine Lösung» bedeutet eine Rückkehr zu jener Regelung, die vor dem aktuell geltenden Recht gegolten hat. Dieser entsprechend soll die oder der Verlobte, deren oder dessen Ledigname nicht zum Familiennamen wird, den eigenen bisherigen dem Familiennamen voranstellen können. Ein Doppelname wird jedoch nur bei Wahl eines Familiennamens und nur für jene Personen möglich, deren Ledigname nicht zum Familiennamen erklärt wird. Dahingegen sieht die «grosse Lösung» die Einführung eines amtlichen Doppelnamens vor, wobei beide Ehepartner die Möglichkeit haben, einen Doppelnamen zu führen. Aus Sicht des Regierungsrats wird mit dieser Lösung dem Wunsch der Bevölkerung bzw. des Initianten besser Rechnung getragen.

3. Allianzname

3.1 Allianzname als amtlicher Name

Prüfungswert scheint dem Regierungsrat die später in die Diskussion eingebrachte Lösung, den Allianznamen als amtlichen Namen zu ermöglichen. Er regt sogar an, ausschliesslich den Allianznamen als amtlichen Namen zuzulassen.

Wie einleitend erwähnt, ist schon das geltende Namensrecht für die Bevölkerung schwer verständlich und oft nicht nachvollziehbar. Die Einführung einer «grossen Lösung *plus*», wonach sowohl Doppelname als auch Allianzname als amtliche Namen zugelassen sind, würde die Verwirrung zusätzlich verstärken. Mit der alleinigen Zulassung des Allianznamens als amtlicher Name würde zwar der klassische «Doppelname» – also eigener bisheriger Name und nachgestellter bisheriger Name der Ehegattin oder des Ehegatten bzw. Familienname und nachgestellter bisheriger Namen der Ehegattin oder des Ehegatten – verunmöglicht, jedoch bisheriger Name und durch Bindestrich angefügter bisheriger Name der Ehepartnerin oder des Ehepartners ermöglicht. Mit der Einführung des bisher nicht geregelten, aber im Alltag oder in den Reiseausweisen sehr oft geführten Allianznamens *als einziger* amtlicher Name würde sich die Bevölkerung an nichts grundsätzlich Neues gewöhnen müssen. Auch wäre damit die im Rahmen dieser Revision betreffend das Ausweisgesetz geführte Diskussion obsolet (vgl. dazu Ziff. 4.7 des erläuternden Berichtes der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates).

3.2 Zukunft des Allianznamens (Ausführungen zu Ziff. 4.7 des erläuternden Berichtes)

Die «grosse Lösung» sieht vor, den Allianznamen nur in den Reiseausweisen führen zu dürfen und nicht auch in den amtlichen Registern. Dies ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Diese Regelung entspricht der aktuell geltenden und stösst bei der Bevölkerung regelmässig auf Unverständnis. Der Regierungsrat würde es begrüessen, den Allianznamen im Rahmen der aktuellen Revision klar und nachvollziehbar gesetzlich zu regeln.

Bei der im Zusammenhang mit der aktuellen Revision vorgesehenen gesetzlichen Regelung des Allianznamens ist der Variante 1 den Vorzug zu geben. Sofern eine Person einen Allianznamen tragen möchte, soll sie diesen auch als amtlichen Namen führen können. Sowohl die vorgeschlagene Übergangslösung gemäss Variante 2, wonach neue Ausweise nur noch den amtlichen Namen enthalten würden, bestehende Einträge von Allianznamen aber in künftige Ausweise übernommen werden können, als auch die Beibehaltung der bisherigen Praxis (der Allianzname ist nach wie vor nicht gesetzlich geregelt, kann aber im Rahmen des Gebrauchsrechts im nichtamtlichen Verkehr verwendet werden), kommen für den Regierungsrat nicht in Frage.

4. Keine Doppelnamen für Kinder

Mit der vorgesehenen Revision wird der Namensgebung der Kinder – selbst bei Einführung der «grossen Lösung» – nur schlecht Rechnung getragen. Elternteile, die nicht denselben Nachnamen tragen wie ihre Kinder, haben bei Reisen im internationalen Umfeld regelmässig Schwierigkeiten und müssen beweisen, dass keine Kindsentführung vorliegt bzw. sie zur Mitnahme der Kinder berechtigt sind. Für den Regierungsrat ist denn auch nur schwer nachvollziehbar, dass am Grundsatz der Unveränderlichkeit des Namens festgehalten werden soll. Ein Umschwenken zu einer anderen Lösung – etwa zur spanischen oder gar portugiesischen – wäre ein Paradigmenwechsel und könnte der Problematik entgegenwirken, indem die Namen der Kinder (zumindest teilweise) mit den Namen *beider* Eltern übereinstimmen würden. Dem spanischen Ansatz folgend würde bei Vergabe eines Doppelnamens an die Kinder deren Doppelname bei eigener Heirat entsprechend abgeändert, indem der erste Name bestehen bliebe, der zweite Name jedoch durch den ersten Namen der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners ersetzt würde.

Angesichts der häufigen Revisionen dieser Materie sollte auch bei der Namensführung der Kinder im Rahmen der aktuellen Revision die Gelegenheit ergriffen werden, eine für alle sinnvolle und vor allem alltagstaugliche Lösung unter Berücksichtigung des Kindeswohls zu finden.

5. Zusammenfassung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt zieht die «grosse Lösung» vor. Er regt jedoch an, anstelle des Doppelnamens nur den Allianznamen als einzigen amtlichen Namen zu berücksichtigen. Das Problem, wonach die Kinder bei Doppelnamen der Eltern trotzdem nur den Namen eines Elternteils tragen, wird mit der vorgesehenen Gesetzesrevision nicht gelöst. Angesichts dessen, dass das Namensrecht erst 1988 und erneut 2013 geändert wurde, sollte die aktuelle Revision in allen Bereichen Klarheit schaffen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne das Bevölkerungsamt Basel-Stadt, Herr Fritz Schütz, fritz.schuetz@jsd.bs.ch, Tel. 061 267 71 00, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Conseil national
Commission des affaires juridiques
Monsieur Vincent Maitre
Vice-président
3003 Berne

Courriel : eazw@bj.admin.ch

Fribourg, le 20 septembre 2022

2022-987

17.523 n lv. Pa. (Stamm) Walliser - Autoriser le double nom en cas de mariage - procédure de consultation

Monsieur le Vice-président,

Par courrier du 17 juin 2022, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre et nous vous en remercions. Nous nous déterminons comme suit.

1. En général

Nous saluons la réintroduction d'un double nom officiel lors du mariage et sommes favorables à une modification du Code civil suisse concernant le nom de famille après mariage.

La réintroduction d'un double nom officiel lors du mariage constitue un moyen approprié pour répondre aux besoins d'une société moderne et égalitaire. En effet, comme mentionné dans le rapport (p. 9), le nom sert à souligner les doubles appartenances familiales : avec le conjoint ou la conjointe - horizontale et avec sa famille d'origine - verticale. Le nom est aussi, et c'est important, un support de la représentation de soi et de l'identification psychologique. Ces fonctions du nom pourraient être considérablement renforcées par la réintroduction d'un double nom matrimonial. Cela permettrait de mieux répondre au souhait des époux de mettre en évidence le lien qui les unit à leurs enfants au moyen du nom. Il serait ainsi possible à autrui de percevoir d'emblée ce lien parents-enfants.

2. Les solutions proposées

Les deux solutions proposées sont présentées comme garantissant toutes deux la continuité du nom en tant que droit à la personnalité et comme étant compatibles avec le principe d'immutabilité du nom de naissance. La déclaration écrite faite devant un office d'état civil de vouloir porter un double nom n'implique pas nécessairement le consentement de l'autre fiancé-e. Les époux restent libres, comme dans le droit actuel, de porter un nom d'alliance en dehors des relations officielles.

Nous vous informons que nous privilégions la « grande solution », solution qui favorise une égalité de fait entre femmes et hommes dans ce domaine.

Celle-ci offre, par une instauration de règle plus étendue que dans les dispositions antérieures, des droits plus égalitaires. Elle donne, en effet, la possibilité aux deux époux de former un double nom. Cela indépendamment du fait qu'ils choisissent ou non un nom de famille commun ou conservent le nom que les 2 personnes portaient jusqu'alors. La possibilité de faire suivre le nom que le conjoint ou la conjointe portait jusqu'alors attribue un caractère officiel au nom d'alliance.

Dans cette proposition le nom de famille (commun) est placé en premier. Toutefois, les fiancé-e-s qui accordent une importance particulière au maintien de leur identité personnelle, sans vouloir renoncer à instaurer un lien entre eux et avec leurs enfants communs, peuvent conserver leur nom et y ajouter celui de l'autre.

Cependant, il faut être conscient que cette « grande solution » risque aussi de susciter des difficultés de compréhension lors de sa mise en œuvre. En effet, déjà actuellement, malgré les explications des officiers de l'état civil, il est constaté que les fiancés ne comprennent pas toujours, lors de leur venue à l'office dans le cadre de la préparation au mariage, les possibilités qui s'offrent à eux en relation avec le nom porté à la suite de leur union. Avec la « grande solution » qui offrira encore un plus large éventail de possibilités et la complexification du système qui en découle, les fiancé-e-s risquent d'avoir, pour certain-e-s, des difficultés de compréhension encore plus importantes, ce qui irait à l'encontre du but recherché par la présente initiative parlementaire.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le Vice-président, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Olivier Curty, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, pour elle et le Service des affaires institutionnelles, des naturalisations et de l'état civil ;

à la Direction de la santé et des affaires sociales, pour elle et le Bureau de l'égalité hommes-femmes ;

à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 28 septembre 2022

Le Conseil d'Etat

4052-2022

Conseil national
Commission des affaires juridiques
Monsieur Vincent Maître
Vice-président
3003 Berne

Concerne : Consultation relative à l'initiative parlementaire visant à autoriser le double nom en cas de mariage 17.523 n lv. Pa. (Stamm) Walliser

Monsieur le Vice-président,

Notre Conseil a pris connaissance avec intérêt de la consultation susmentionnée.

Après un examen attentif des deux solutions proposées, à savoir la "petite solution" et la "grande solution", nous rejetons la "petite solution", celle-ci permettant uniquement à l'un des deux fiancés de porter un double nom. Nous nous prononçons ainsi clairement en faveur de la "grande solution", celle-ci paraissant plus équitable.

Il nous apparaît toutefois indispensable que le grand nombre de possibilités, de noms ou de combinaison de noms, offert par la "grande solution" soit réduit. En effet, toutes ces possibilités seront difficiles à expliquer par les officiers de l'état civil dans le cadre de la procédure préparatoire de mariage, tout comme elles seront difficiles à appréhender par les usagers.

A noter, à titre d'exemple, que s'il devait être prévu que le double nom ne puisse pas être relié par un trait d'union, une possibilité de moins serait offerte aux fiancés, ce qui permettra également de différencier ce double nom du nom d'alliance se trouvant actuellement sur les documents d'identité.

L'annexe jointe au présent courrier détaille les éléments plus techniques sous-tendant notre prise de position.

Vous remerciant d'avoir consulté notre Conseil, nous vous prions de croire, Monsieur le Vice-Président, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Mauro Poggia

Annexe mentionnée

Copie à (format Word et PDF) : eazw@bj.admin.ch

**Annexe à la consultation du Conseil national suite à la mise en œuvre de l'initiative parlementaire 17.523 n Iv. Pa. (Stamm)
*Walliser. Autoriser le double nom en cas de mariage***

Petite solution:

Nous rejetons la "petite solution".

Il y a cependant lieu de mentionner les points suivants:

Concernant la possibilité de faire une déclaration, avant le mariage (article 30a ou 119 CC ou 30a LPart), de reprise du nom de célibataire, il est indiqué au chiffre 4.2, qu'aucun coût supplémentaire ne sera perçu lorsqu'elle est effectuée dans le cadre de la procédure préparatoire de mariage. Ceci va à l'encontre du commentaire de la révision de l'Ordonnance sur l'état civil (OEC) et des modifications y relatives de l'ordonnance sur les émoluments en matière d'état civil (OEEC) (Nom et droit de cité) (état au 10 mai 2012) prévoyant qu'une telle déclaration est sujette à émolument, car il ne s'agit, en principe, pas d'une déclaration concernant le nom en relation avec le mariage. A notre sens, il n'y a pas lieu de modifier cette règle. Par conséquent, nous recommandons de maintenir ce qui est appliqué aujourd'hui, à savoir que la déclaration de reprise du nom de célibataire faite durant une procédure préparatoire de mariage soit sujette à émolument.

Nous constatons que le principe d'égalité de traitement n'est pas respecté aux articles 8a^{bis} du titre final, 2^{ème} phrase nCC et 37b nLPart. En effet, il n'est pas équitable que l'époux/partenaire qui a conservé son nom, conformément aux articles 160, alinéa 1, CC et 12a alinéa 1, LPart et dont son nom n'est pas porté par les enfants communs ou n'a pas été choisi pour les futurs enfants des époux, ne puissent pas former un double nom ultérieurement et soit contraint de déposer une requête en changement de nom. Etant donné la possibilité pour le fiancé dont le nom de célibataire ne devient pas le nom de famille commun de faire suivre son nom de célibataire par celui de son fiancé (article 160, alinéa 2, nCC), il y a ainsi lieu de permettre à l'époux qui a gardé son nom au mariage et dont le nom n'est pas celui choisi pour les enfants (article 160, alinéa 3, CC) de le faire suivre par le nom de son conjoint par simple déclaration. Dans ce cas-là et contrairement à ce qui est indiqué à la page 21, il n'y a pas d'effet sur le nom des enfants communs qui restera celui choisi au moment du mariage. Il n'est dès lors pas justifié de ne pas permettre l'ajout du nom de célibataire de son époux par simple déclaration.

Grande solution:

Nous nous prononçons en faveur de la grande solution. En effet, cette solution paraît plus équitable. Nous recommandons, cependant, un allègement de cette solution en restreignant le nombre de possibilités qui s'offre aux fiancés. En effet, la grande solution offre, à notre avis, trop de possibilités. Celles-ci seront difficiles à expliquer par les officiers de l'état civil dans le cadre de la procédure préparatoire de mariage et également difficiles à appréhender par les usagers. En ce sens, nous recommandons notamment que le double nom ne puisse pas être joint par un trait d'union. En effet, ceci diminuera ainsi le nombre de possibilités et permettra également de le différencier d'avec le nom d'alliance se trouvant actuellement sur les documents d'identité.

Par ailleurs, pour des raisons de compréhension, nous suggérons que le texte des articles 160, alinéa 4, chiffre 1, nCC, et 37b, alinéa 2, nLPart soient modifiés de la manière suivante:

- Article 160, alinéa 4 chiffre 1, nCC: "si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci **peut être suivi** par le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé"
- Article 37b, alinéa 2, nLPart: "si les partenaires ont conservé leur nom, celui-ci **peut être suivi** par le nom porté jusqu'alors par l'autre partenaire"

Nous sommes favorables à ce que seul le nom officiel, respectivement le nom d'état civil, soit inscrit sur les documents d'identité (point 4.7, variante 1). En effet, il est primordial d'arriver, à terme, à une uniformisation entre le nom figurant sur les documents d'identité et celui officiel contenu au registre de l'état civil.

Nous souhaitons également attirer l'attention sur le fait que les explications contenues au point 4.3 sont peu claires et contredisent parfois le texte légal. En effet, le premier exemple mentionné à la page 14, concernant des fiancés qui conservent leur nom, la liaison entre les possibilités offertes doit non pas être "ou" mais "et". Il serait cependant plus clair de différencier les possibilités données à chaque fiancé en utilisant les termes: fiancé 1 et fiancé 2.

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
3003 Bern

Glarus, 30. August 2022
Unsere Ref: 2022-140

Vernehmlassung i. S. 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat

Sehr geehrter Herr Vizepräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Mit der Reform des Eherechts am 1. Januar 1988 konnte die Ehefrau zwischen folgenden Möglichkeiten wählen: Der Name des Ehemannes wird wie bis anhin der gemeinsame Familienname. Die Ehefrau konnte neu gegenüber dem Zivilstandsbeamten erklären, dass sie ihren bisherigen Familiennamen dem Namen des Ehemannes ohne Bindestrich voranstellen möchte (Doppelname). *Die gemeinsamen Kinder erhielten den gemeinsamen Familiennamen sowie das Bürgerrecht des Vaters.*

Als Folge einer erneuten im Jahr 2003 eingereichten parlamentarischen Initiative (03.428) wurde der Doppelname zur Gleichstellung von Mann und Frau wieder abgeschafft. Seit dem 1. Januar 2013 behält jeder Ehegatte seinen Familiennamen sowie sein Bürgerrecht. Die Verlobten können aber gegenüber dem Zivilstandsbeamten erklären, dass sie den Ledignamen des Partners als gemeinsamen Familiennamen tragen wollen. *Sind die Eltern miteinander verheiratet und tragen sie verschiedene Namen, so erhält das Kind denjenigen ihrer Ledignamen, den sie bei der Eheschliessung zum Namen ihrer gemeinsamen Kinder bestimmt haben. Das Bürgerrecht richtet sich nach dem bestimmten Namen.*

Es steht nun nur sieben Jahre nach der letzten Revision eine neue Diskussion ums Namensrecht an (17.523). Die eben abgeschafften Doppelnamen – ohne Bindestrich – für verheiratete Paare sollen wiedereingeführt werden.

Es wird vielfach festgestellt, dass Frauen, welche sich dazumal für einen Doppelnamen entschieden haben, im Alltag doch nur den ersten Namen benutzen. Auch heute führen 90 % der Männer ihren Namen weiter und es werden auch kaum mehr Frauennamen zum Familiennamen gewählt.

Männer werden vermutlich nach wie vor auf ihren Namen beharren und die Frau könnte zukünftig wieder auf den Doppelnamen ausweichen, wenn sie ihren Ledignamen sichtbar haben möchte. Der Gleichstellung wird so jedoch auch nicht geholfen. Bereits heute können

Paare im Alltag den Allianznamen – beide Nachnamen mit einem Bindestrich verbunden – verwenden und auch im Pass eintragen lassen.

Angesichts der grossen gesellschaftlichen Themen, die heute die Politik herausfordern, sind wir der Meinung, dass keine Zeit für die Diskussion von Dingen aufgewendet werden sollte, für die schon Lösungen bestehen, die den betroffenen Interessen angemessen gerecht werden. Neben den obigen Ausführungen wird von uns auch darum die Vorlage abgelehnt.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Benjamin Mühleemann
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- eazw@bj.admin.ch



Sitzung vom

13. September 2022

Mitgeteilt den

14. September 2022

Protokoll Nr.

717/2022

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an: eazw@bj.admin.ch

Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat

Regierungsbeschluss

Sehr geehrter Herr Vizepräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir begrüssen es, dass mit der Vorlage dem gesellschaftspolitischen Bedürfnis nach einem liberaleren Namensrecht Rechnung getragen werden soll. Das Ergebnis vermag jedoch nicht zu überzeugen; dies weder mit der "kleinen" noch mit der "grossen" Lösung. Mit Letzterer wird zwar ein mutigerer Schritt in die unseres Erachtens richtige Richtung angestrebt. Umgekehrt ist diese Variante übermässig kompliziert. Zudem bleiben wichtige Bereiche unberührt. Vor allem die gemäss den Erläuterungen offensichtlich bewusst gefällte Entscheidung, das bisherige Namensrecht bei Kindern unverändert zu belassen, ist nicht nachvollziehbar. So ist es aktuell durchaus denkbar, dass ein Kind anders wie seine Eltern heisst. Zu einem solchen unbefriedigenden Ergebnis gelangt man aufgrund des gemäss Vorlage beizubehaltenden Grundsatzes, dass nur Ledignamen der Eltern an die Kinder weitergegeben werden bzw. als gemeinsamer Familienname geführt werden dürfen. Behelfsweise muss man in

solchen Fällen daher auf Namensänderungen im Sinne von Art. 30 Abs. 1 ZGB zurückgreifen.

Angesichts dieser Ausgangslage beantragen wir die Vorlagen vollständig zu überarbeiten und zu vereinfachen. Dabei seien insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen bzw. in die Überlegungen miteinzubeziehen:

- Die aktuelle und in der Vorlage übernommene exklusive Anknüpfung an den Ledignamen ist aufzugeben. Wie zwischen 1988 und 2012 soll ein von einem der Ehegatten vor der Trauung geführte Name unabhängig von dessen Qualifikation als Ledigname zum gemeinsamen Familiennamen bestimmt werden können. Nach einer Eheauflösung soll jederzeit die Rückkehr zum vor der Ehe getragenen Familiennamen oder zum Ledignamen möglich sein.
- Bei einem gemeinsamen Familiennamen soll der bisher geführte Name oder der Ledigname mit Bindestrich angefügt werden können. Hat sich sodann das Prinzip des Allianznamens in der Schweiz bewährt, sollte dieser auch zu einer amtlichen und somit in Infostar zu beurkundenden Namensführung deklariert werden können.
- Auch bei der Bestimmung der Namensgebung bei Kindern ist zwingend die "Selbstbeschränkung" auf Ledignamen fallen zu lassen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Kinder den tatsächlich von einem ihrer Elternteile geführten Namen tragen und damit auch für Dritte erkennbar eine Familieneinheit bilden.
- Wird die Ermöglichung von Doppelnamen bei Ehegatten angestrebt, ist absehbar, dass entsprechende Forderungen auch für die Namensführung von Kindern laut werden. Diese Option ist zu prüfen.
- Die Verpflichtung zur Namensbestimmung der gemeinsamen Kinder bereits im Rahmen des Ehevorbereitungsverfahrens drängt sich in der Praxis nicht auf. Die Eltern sollen sich diesbezüglich neu zum Zeitpunkt der Geburt festlegen dürfen.

Schliesslich würden wir es begrüessen, dass im Zuge der Parlamentarischen Initiative Walliser auch die Möglichkeit ergriffen wird, die Zuständigkeit für Namensänderungen auf die Übereinstimmung mit den aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen zu überprüfen. Art. 30 Abs. 1 ZGB benennt die Regierung des Wohnsitzkantons als Namensänderungsbehörde. Tatsächlich werden die entsprechenden Entscheidungen aber schon heute in den allermeisten Kantonen von den dortigen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst getroffen. Dies erscheint auch deshalb sachgerecht, da die Behandlung von Namensänderungsgesuchen fast zwangsläufig einen uneingeschränkten Zugriff auf Infostar erfordert. Nicht zuletzt bei notwendigen und teilweise sogar in den Materialien erwähnten Korrektur Namensänderungen nach abgelaufenen Namensklärungsfristen hat eine generelle Beurteilung der personenstandsrechtlichen Situation der Gesuchstellenden und gegebenenfalls von den Familienangehörigen stattzufinden. Insofern würde es naheliegen, in Art. 30 Abs. 1 ZGB neu die kantonalen Aufsichtsbehörden als Namensänderungsbehörde aufzuführen.

Abschliessend danken wir Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens und die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Commission des affaires juridiques
Conseil national
3003 Berne

Une version Word et PDF par courriel à : eazw@bj.admin.ch

Delémont, le 27 septembre 2022

Réponse à la consultation relative à l'autorisation du double nom en cas de mariage - 17.523 n. Iv. Pa (Stamm) Walliser

Mesdames, Messieurs les membres de la commission,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier relatif à la procédure de consultation susmentionnée et il vous en remercie.

Il soutient la volonté de la Confédération d'élargir les possibilités prévues par le Code civil quant au port du nom durant le mariage en y ajoutant un double nom officiel.

Le Gouvernement partage le constat des commentaires à l'appui de l'avant-projet selon lequel la situation des femmes s'est finalement détériorée avec la dernière révision entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2013. Depuis cette date, il n'est en effet plus possible de former un double nom officiel, ce qui ne permet pas de mettre en évidence les liens matrimoniaux et de filiation avec le nom, sauf en renonçant pour l'un des époux à celui porté avant le mariage au profit d'un nom commun. Aujourd'hui, le « lien relatif au nom entre les deux époux et les enfants communs » peut être établi uniquement avec un nom de famille.

La révision proposée, et en particulier la « grande solution », permet au contraire de pallier ces inconvénients. De par sa modernité et sa flexibilité, cette solution donne clairement à la femme la possibilité d'une « identification psychologique personnelle et d'une représentation de soi », et met en exergue son rôle dans la famille, en ne devant pas renoncer systématiquement à son nom. La « grande solution » a ainsi pour avantage une égalité parfaite entre les deux époux. Un autre élément qui plaide en faveur de la révision réside dans le fait que les deux solutions proposées n'ont pas d'effet sur le nom des enfants, tout en permettant à autrui de percevoir le lien parents-enfants.

Le Gouvernement jurassien salue également le fait que l'avant-projet permette la codification de l'usage coutumier du nom d'alliance dans le cadre de la « grande solution », ce dernier pouvant être porté dans le futur comme nom officiel. Dans ce cas, il privilégie la proposition selon laquelle seul le nom officiel (qui peut être aussi celui d'alliance avec un trait d'union) puisse figurer sur les documents d'identité (option 1). Si une personne veut porter son nom d'alliance et le faire figurer sur ses

documents d'identité, elle devra choisir ce nom comme nom officiel. Le Gouvernement jurassien constate que c'est la variante la plus pragmatique puisque les personnes qui ont actuellement leur nom d'alliance sur leurs documents d'identité devront soit en faire leur nom officiel à l'occasion du renouvellement de ces documents soit renoncer à l'y faire figurer. Dans dix ans, seuls des noms officiels devraient ainsi encore figurer sur les documents d'identité. Il y aura ainsi une parfaite cohérence entre les documents d'état civil et les documents d'identité.

Le Gouvernement jurassien se déclare ainsi en faveur de la « grande solution » qui offre un véritable choix au couple en matière de nom.

Nous vous remercions de l'attention portée à la présente. Le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie de croire, Mesdames, Messieurs, à l'expression de sa parfaite considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


David Eray
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

RK-N
Sekretariat der Kommission für Rechts-
fragen
3003 Bern

per E-Mail
eazw@bj.admin.ch

Luzern, 20. September 2022

Protokoll-Nr.: 1103

Vorentwurf für eine Änderung des Zivilgesetzbuches (Umsetzung der parlamentarischen Initiative [Stamm] Walliser 17.523 «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»)

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 17. Juni 2022 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Vorentwurf für eine Änderung des Zivilgesetzbuches Stellung zu nehmen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und erlauben uns die folgenden Bemerkungen:

1. Allgemeines

Wir begrüssen die Wiedereinführung des ehelichen Doppelnamens und unterstützen den Vorschlag der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates. Die Wiedereinführung eines amtlichen Doppelnamens bei der Eheschliessung stellt ein probates Mittel dar, um den Bedürfnissen zahlreicher Ehepaare entgegenzukommen. Diese erhalten so eine zusätzliche Wahlmöglichkeit, welche es ihnen erlaubt, sowohl die gleichberechtigte familiäre Einheit als auch die eigene Identität beim Namen abzubilden. Wir sind überzeugt, dass die Möglichkeit der Bildung eines Doppelnamens einem Bedürfnis entspricht, welchem das geltende Recht nicht gerecht wird.

2. Zur Diskussion gestellte Varianten: «kleine Lösung» und «grosse Lösung»

Die «kleine Lösung» entspricht weitgehend der Regelung vor dem Inkrafttreten des geltenden Rechts. Sie deckt jedoch das Bedürfnis, eine Namenseinheit zu bilden bzw. beiden Ehegatten das Gleiche zu ermöglichen nicht ab. Die «grosse Lösung» führt tatsächlich zur

grösstmöglichen Wahlfreiheit und ermöglicht beiden Ehegatten die Führung eines Doppelnamens. Sie bietet Hand für individuelle Lösungen. Die «grosse Lösung» führt zu einer Liberalisierung des Namensrechts und trägt insbesondere der Gleichstellung von Mann und Frau im Bereich des Namensrechts besser Rechnung als die «kleine Lösung». Wir bevorzugen deshalb die «grosse Lösung».

Freundliche Grüsse



Paul Winiker
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Conseil national
Commission des affaires juridiques
3003 Berne

Consultation concernant l'initiative parlementaire 17.523 : autoriser le double nom en cas de mariage

Monsieur le vice-président,

Nous vous remercions de nous avoir associés à la consultation susmentionnée.

Le Conseil d'État est favorable à une modification de la loi visant à offrir aux époux la possibilité de porter un nom leur permettant de représenter de façon égalitaire l'unité familiale, tout en préservant leur propre identité. En effet, le nom est un enjeu symbolique important dans la relation de couple, en particulier lorsque le choix d'avoir un nom de famille commun implique la disparition du nom de l'un des conjoints.

Si le critère de l'égalité est important dans la recherche de la « bonne » solution, il nous semble indispensable de veiller également à ce que la solution choisie soit claire et pérenne afin que la population et l'administration puissent se l'approprier.

La « grande solution » a l'avantage d'établir une égalité parfaite entre les époux en proposant de nombreuses possibilités. Cette diversité risque toutefois d'engendrer des difficultés importantes au moment de déterminer la nature d'un nom (nom de célibataire, nom de l'ex-conjoint, nom du conjoint actuel).

La « petite solution » permettrait de rétablir une certaine égalité entre les époux dans la mesure où celui dont le nom de célibataire ne correspond pas au nom de famille aurait la possibilité de garder ce nom, tout en portant le nom de famille commun. Cette solution aurait également l'avantage de maintenir une certaine continuité du droit dans la mesure où elle correspond au système en vigueur jusqu'au 31 décembre 2012.

Dans le cadre de la « petite solution », le droit transitoire devrait permettre aux époux ayant conservé leur nom à l'occasion du mariage de demander à porter un double nom, en y ajoutant le nom de famille commun.

NE

La problématique du nom porté par les enfants pourrait facilement être évitée en ouvrant cette possibilité uniquement au parent qui ne porte pas le même nom que l'enfant.

Le sujet du nom des époux est souvent abordé auprès des autorités d'état civil mais celui du nom des enfants l'est plus encore. En effet, lorsque les époux choisissent un nom de famille commun, c'est dans le but de créer une identité familiale, dont les enfants sont souvent le centre. On peut donc regretter que le projet ne traite pas cet aspect en permettant également aux enfants de porter un nom composé. La « grande solution » permettrait au surplus aux deux parents d'avoir un double nom identique, mais pas à leurs enfants, ce qui n'est pas cohérent.

La solution parfaite n'existe vraisemblablement pas lorsqu'on traite un sujet si personnel que le nom. Cela étant, la « petite solution » semble répondre à la majorité des besoins constatés dans notre canton.

Veillez croire, Monsieur le vice-président, à l'assurance de notre parfaite considération.

Neuchâtel, le 26 septembre 2022

Au nom du Conseil d'État :

Le vice-président,
A. RIBAUX

La chancelière,
S. DESPLAND



A handwritten signature in black ink, appearing to be "A. Ribaux".

A handwritten signature in black ink, appearing to be "S. Despland".



CH-6371 Stans, Kreuzstrasse 1, Postfach 1242 JSD DS

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
RK-NR
3003 Bern

Karin Kayser-Frutschi
Regierungsrätin
Telefon +41 41 618 45 83
karin.kayser@nw.ch
Stans, 4. Oktober 2022

Parlamentarische Initiative 17.523: Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren Kommissionsmitglieder

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 eröffnete die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats (RK-NR) bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf in Sachen Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat. Der Kanton Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Im Zusammenhang mit der Führung von Doppelnamen ist rückblickend festzuhalten, dass bereits in der Zeit vom 1. Januar 1988 bis 31. Dezember 2012 die Möglichkeit zur Bildung eines amtlichen Doppelnamens bestand. Die Person, deren Ledigname nicht zum Familiennamen wurde, konnte seinen Ledignamen weiter dem gewählten Familiennamen voranstellen. Dadurch wurde — im Gegensatz zum gewohnheitsrechtlichen und nichtamtlichen Allianznamen — ein amtlicher Doppelname gebildet. Statistischen Angaben zufolge sollen 20 bis 25 % der Paare, die in der Schweiz geheiratet haben, eine oder einer der Brautleute (meistens die Frau) einen solchen Doppelnamen gebildet haben. Mit dem neuen Namensrecht ab 1. Januar 2013 wurde der besagte Doppelname abgeschafft.

An dessen Stelle kann nun das Brautpaar anlässlich der Eheschliessung ihre bisher geführten Namen weiterführen, oder sie wählen einen gemeinsamen Familiennamen, bestehend aus dem Ledignamen der Braut oder des Bräutigams. Im Fall der Geburt eines Kindes muss zwingend einer dieser Ledignamen der Eltern als Familienname bestimmt werden. Dies hat zur Folge, dass der Elternteil, dessen Name nicht zum Familiennamen bestimmt worden ist und der den bisher geführten Namen behalten hat, den namensrechtlichen Bezug zur Familie in der Öffentlichkeit nicht direkt ausweisen kann. Mit der vorliegenden parlamentarischen Initiative soll diesem Umstand mittels Wiedereinführung eines amtlichen Doppelnamens Rechnung getragen werden.

In der Vorlage werden folgende zwei Umsetzungsvarianten vorgeschlagen:

- sog. "Kleine Lösung": Entspricht weitgehend der Lösung, wie sie in der Zeit vom 1. Januar 1988 bis 31. Dezember 2012 bestanden hat.

- sog. "Grosse Lösung": Unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Familienname gebildet wird oder nicht, kann die Braut oder der Bräutigam individuell entscheiden, ob sie oder er einen ehelichen Doppelnamen mit oder ohne Bindestrich als amtlichen Namen führen will (weitere detaillierte Ausführungen hierzu nachfolgend). Die jeweilige Doppelnamensführung des Brautpaares hat dabei keinen Einfluss auf die Namensführung der Kinder, da weiterhin zwingend einer der Ledignamen der Kindseltern als Familienname zu bestimmen ist. Doppelnamen sind bei Kindern in dieser Vorlage nach wie vor nicht vorgesehen.

"Kleine Lösung"

Einer der Ledignamen der Brautleute wird als Familienname bestimmt. Diejenige Person, deren Ledignamen nicht als Familienname bestimmt worden ist, kann ihren Ledignamen voranstellen. Mit der kleinen Lösung kann der eigene Name, welcher nicht als Familienname bestimmt worden ist, nach wie vor in Kombination mit dem Familiennamen weitergeführt werden. Die Braut oder der Bräutigam, welche/r den Familiennamen bestimmt, kann jedoch seine Verbundenheit zur Braut oder zum Bräutigam nicht mittels Doppelnamen amtlich zum Ausdruck bringen. Obwohl grundsätzlich das Anliegen der parlamentarischen Initiative mit der Wiedereinführung dieses Systems im Ansatz erfüllt wäre, ist auf diese Lösung zu verzichten, da wie erwähnt nur entweder die Braut oder der Bräutigam vom amtlichen Doppelnamen profitiert und dadurch eine Ungleichbehandlung besteht.

"Grosse Lösung"

Im Rahmen der jetzigen Revision sollte die Möglichkeit genutzt werden, um eine weitergehende Lösung einzuführen. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass beiden Ehegatten die Möglichkeit zur Führung eines amtlichen Doppelnamens offensteht, unabhängig davon, ob sie einen gemeinsamen Familiennamen bilden oder ihren bisherigen Namen behalten, um diesem den bisherigen Namen des anderen hinzuzufügen. Der Einfachheit halber sollte hier die Möglichkeit geschaffen werden, diesen Namen wahlweise mit oder ohne Bindestrich zu bilden. Hiermit könnte auch der bislang nicht als amtlicher Name anerkannte Allianzname gesetzlich geregelt werden. Mit dieser neuen «grossen Lösung» gewinnt das Namensrecht eine zusätzliche Option, ohne dass das bisherige namensrechtliche Konzept bei der Eheschliessung grundsätzlich in Frage gestellt würde: Entweder behält jeder seinen Namen oder es wird ein gemeinsamer Familienname begründet. In beiden Fällen können die Verlobten einen Doppelnamen bilden. Das heisst, den Verlobten stehen bei der Eheschliessung in Zukunft nicht nur zwei, sondern drei namensrechtliche Optionen offen. Ehegatten, die keinen gemeinsamen Familiennamen bestimmt haben, sollen aber die Möglichkeit erhalten, dies auf dem Zivilstandsamt gegen Gebühr nachzuholen.

Die politische Begründung, wonach sich die Vorlage auf die Ehegatten beschränken und auf die Namensführung der Kinder keine Auswirkungen haben soll, bedauern wir sehr. Mit der grossen Lösung und vor allem mit der Ermöglichung von Doppelnamen beider Ehegatten ist absehbar, dass zeitnah nach Inkrafttreten der Revision Begehrlichkeiten für weitergehende Wahlmöglichkeiten bei der Namensführung der Kinder geweckt werden; dies bis hin zu Doppelnamen. Durch die Koordination der Parlamentarischen Initiative mit einer Revision des Namensrechts für Kinder liesse sich eine Gesamtbetrachtung erreichen. Wir würden eine solche sehr begrüssen, da wir wie erwähnt von einem gesellschaftlichen Bedürfnis ausgehen und damit überdies den zunehmend einzelfallbezogenen Änderungen im Personenrecht entgegenwirkt werden könnte.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass auf die "kleine Lösung" verzichtet werden soll und im Sinne der Ausführungen die "grosse Lösung" bevorzugt wird, jedoch die Revision des Namensrechts für Kinder ebenfalls einzubeziehen ist. Es sollte aber zudem möglich bleiben, allein gestützt auf Gewohnheitsrecht einen (nicht amtlichen) Allianznamen zu bilden und im Ausweisdokument vermerken zu lassen.

Im Sinne einer abschliessenden Bemerkung erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass im Gesamtkontext des Namensrechts die Möglichkeit ergriffen werden sollte, die Zuständigkeit für Namensänderungen den aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen anzupassen. Art. 30 Abs. 1 ZGB benennt die Regierung des Wohnsitzkantons als Namensänderungsbehörde. Tatsächlich werden die entsprechenden Entscheidungen aber schon aktuell meist von den kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst getroffen. Dies sollte im Rahmen der vorliegenden Revision gesetzlich verankert werden.

Wir danken für die Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen.

Freundliche Grüsse
JUSTIZ- UND SICHERHEITSDIREKTION



Karin Kayser-Frutschi
Regierungsrätin

- eazw@bj.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Per Mail an:

Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

eazw@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK. 4406
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 7. Oktober 2022

**17.523 n Pa. Iv (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat;
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit der Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative 7.523 betreffend Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat.

Der Bundesgesetzgeber hat im Jahr 2013 das Namensrecht im Zivilgesetzbuch im Hinblick auf die Gleichbehandlung von Mann und Frau revidiert. In diesem Zusammenhang hat er die Doppelnamen abgeschafft. Stattdessen hat er eine einfache Lösung getroffen, nämlich dass grundsätzlich jeder Ehegatte seinen Namen behält. Allerdings kann das Brautpaar mittels eines Gesuchs beantragen, dass einer der beiden Ledignamen zum gemeinsamen Familiennamen wird.

Das Namensrecht entfaltet seine Wirkungen erst über Generationen hinaus. Aus unserer Sicht ist heute noch nicht der Zeitpunkt gekommen, das neue Namensrecht zu beurteilen und bereits wieder einer Revision zu unterziehen. Dazu fehlt ein eigentlicher Revisionsbedarf für die Wiedereinführung von Doppelnamen. Art. 14 des Ausweisgesetzes sieht vor, dass die antragstellende Person verlangen kann, dass im Pass oder der Identitätskarte der Allianzname eingetragen wird. Insoweit bestehen heute bereits genügend gesetzliche Möglichkeiten zum Eintragen des gewünschten Namens.

Aus den genannten Gründen lehnt der Kanton Obwalden die Vorlage ab.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse



Christoph Amstad
Landammann

Kopie an:

- Amt für Justiz
- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (Kommunikation)



Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 19. September 2022

Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Präsident

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative betreffend Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung des Kantons St.Gallen unterstützt die Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat und befürwortet dabei die in der Vorlage erwähnte «grosse Lösung». Die «kleine Lösung», die es dem oder der Verlobten ermöglicht, den bisherigen Familiennamen oder den Ledignamen dem gemeinsamen Familiennamen voranzustellen, stellt lediglich die Rechtslage vor dem aktuell geltenden Namensrecht wieder her. Diese Lösung dürfte den heutigen Bedürfnissen der Gesellschaft nicht gerecht werden und es ist absehbar, dass bei der Wahl der kleinen Lösung bald eine erneute Revision des Namensrechts anstehen dürfte.

Die gemäss «grosser Lösung» entworfene Vorlage bietet dagegen eine Vielzahl an Möglichkeiten, sodass Ehegatten ihre Namen ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprechend führen können. Mit Inkrafttreten der Namensrechtsrevision aus dem Jahr 2011 wurde die Möglichkeit der Führung eines amtlichen Doppelnamens zwar aufgehoben. Doppelnamen sind dem schweizerischen Recht jedoch nicht gänzlich unbekannt und es sind keine Gründe ersichtlich, diese nicht wieder einzuführen. Dass nun beide Ehegatten einen Doppelnamen führen können sollen, ist auch aus Gleichstellungssicht zu begrüssen. Auch die Wahl, ob die Doppelnamen mit einem Bindestrich verbunden werden sollen oder nicht, ist sinnvollerweise dem Paar zu überlassen. Mit der «grossen Lösung» würde das Namensrecht im Übrigen lediglich eine zusätzliche Option gewinnen, ohne das bisherige namensrechtliche Konzept bei der Eheschliessung in Frage zu stellen: Die bisherigen Bestimmungen bleiben von der Revision unberührt. Jeder Ehegatte kann weiterhin seinen Namen behalten oder die Ehepartnerinnen bzw. Ehepartner können nach wie vor einen ihrer Ledignamen zum gemeinsamen Familiennamen bestimmen. Durch die Gewährung einer zusätzlichen Möglichkeit zur Gestaltung der Namen nach der Heirat erfahren diejenigen Paare, die sich für die bisherigen Möglichkeiten entscheiden, keine Nachteile.



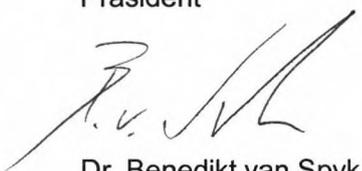
Bezüglich der Zukunft des Allianznamens befürwortet die Regierung des Kantons St.Gallen die Variante 1, wonach in amtlichen Ausweisen (Reisepass oder Identitätskarte) nur noch der amtliche Name geführt werden darf. Gemäss Art. 2 Abs. 4 des eidgenössischen Ausweisgesetzes (SR 143.1) können heute Allianznamen in Ausweisen (Reisepass, Identitätskarte) eingetragen werden. Diese Bestimmung ermöglicht, dass nicht amtliche bzw. von den Eintragungen des schweizerischen Personenstandsregisters abweichende Namen in Ausweisdokumente eingetragen werden. Dies wird als problematisch erachtet. Kaum ein anderes Land dürfte diese Praxis kennen. Schweizerische Behörden gehen in der Regel davon aus, dass in ausländischen Reisepässen die korrekten amtlichen Namen eingetragen sind. Die Regierung des Kantons St.Gallen erachtet es als wichtig, dass Registereintragungen und die darauf basierenden Ausweisdokumente übereinstimmen. Für Personen, die ihren Allianznamen weiterhin in ihren Ausweisen eintragen lassen möchten, soll die Möglichkeit geschaffen werden, mittels Namensklärung den bisherigen Allianznamen in das Personenstandsregister eintragen zu lassen und als amtlichen Namen weiterzuführen. Die Abgabe einer Namensklärung generiert einen geringen Aufwand für interessierte Personen und ist deshalb ein zumutbares Mittel, die Diskrepanzen zwischen Identitätsausweisen und Registereintragungen zu beheben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Fredy Fässler
Präsident




Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
eazw@bj.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
3003 Bern

per E-Mail an eazw@bj.admin.ch

Schaffhausen, 13. September 2022

Umsetzung der parlamentarischen Initiative (Stamm) Walliser: Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Grundsätzlich begrüssen wir die Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat, da dies einem praktischen Bedürfnis entspricht. Im Einzelnen haben wir folgende Bemerkungen:

Von den beiden genannten Umsetzungsvarianten bevorzugen wir die "kleine Lösung", da die Namensvorstellung in der Praxis hauptsächlich von Personen gewünscht wird, deren Ledignamen nicht der Familienname der Kinder wurde. Allerdings sollten die Übergangsbestimmungen (Art. 8a^{bis} VE-SchIT ZGB) überdacht werden: Derzeit ist nur vorgesehen, dass ein Ehegatte, der seit der Revision am 1. Januar 2013 den Ledignamen des anderen führt, gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten erklären kann, dass er den vor der Eheschliessung geführten Namen dem Familiennamen voranstellen möchte. Dies berücksichtigt jedoch jene Ehegatten nicht, welche nach der Revision im Jahr 2013 zwar gerne einen gemeinsamen Familiennamen getragen hätten, jedoch gleichzeitig nicht bereit waren, ihren Ledignamen aufzugeben und sich daher – mangels Alternativen – dafür entschieden haben, beide den Ledignamen zu behalten. Die Übergangsbestimmungen sind daher anzupassen, so dass auch Ehegatten, welche beide ihren Ledignamen behalten haben, erklären können, den für die (zukünftigen) Kin-

der bestimmten Familiennamen als gemeinsamen Familiennamen hinter dem Ledignamen anzufügen. Dadurch wären auch keine Auswirkungen auf den Familiennamen der Kinder zu befürchten (vgl. Erläuternder Bericht, S. 22).

Sofern dennoch der "grossen Lösung" der Vorzug gegeben würde, ist unseres Erachtens die Variante 1 (im Ausweis darf nur noch der amtliche Name geführt werden) zu wählen, da so keine Diskrepanzen mehr zwischen den Registern bestehen und dadurch Diskussionen und Fragen der Verlobten vermieden werden können, welche häufig davon ausgehen, dass der Allianzname dem amtlichen Namen gleichzusetzen ist.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Dr. Cornelia Stamm Hurter

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Beschluss vom 13. September 2022

Protokoll-Nr. 28/670

Parlamentarische Initiative
(Stamm) Walliser: Ermöglichung
von Doppelnamen bei der Heirat;
Vernehmlassung

I.

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 lädt die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates die Kantonsregierungen ein, zum Vorentwurf zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat Stellung zu nehmen.

Das seit 2013 geltende Namensrecht sieht für Verlobte anlässlich der Eheschliessung zwei Varianten vor: Sie können entweder den zum Zeitpunkt der Eheschliessung geführten Namen behalten oder sie erklären, dass sie den Ledignamen der oder des Verlobten als gemeinsamen Familiennamen tragen wollen (Art. 160 ZGB). Das Gewohnheitsrecht bietet zudem die Möglichkeit, einen Allianznamen zu bilden. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen amtlichen Namen. Amtliche Doppelnamen sind seit der Revision des Namensrechts im Jahr 2013 nicht mehr vorgesehen. Dadurch ist es Eheleuten nicht mehr möglich, ihre Zusammengehörigkeit mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, ohne dass jemand von ihnen auf den vor der Ehe geführten Namen verzichtet. Dies wird teilweise bedauert, da vor der Revision ein relativ grosser Teil der Verlobten (ca. 20 – 25 % der Paare) einen Doppelnamen gebildet hatten. Zudem macht die gelebte Praxis des Namensrechts deutlich, dass das vor der Revision geltende Namensrecht bei der Eheschliessung heute faktisch weitergelebt wird: Im Jahr 2020 haben über zwei Drittel der Frauen den Namen des Mannes angenommen. Dagegen haben nur drei von hundert Männern den Namen ihrer Frau gewählt. Da der Mann seinen Namen selten aufgibt, obliegt der Entscheid über den gemeinsamen Familiennamen regelmässig der Frau: Sie muss ihren Namen aufgeben, wenn sie die Zusammengehörigkeit mit einem einheitlichen Namen ausdrücken möchte. Im Unterschied zu der von 1988 bis 2012 geltenden Regelung besteht heute allerdings keine Möglichkeit mehr, einen amtlichen Doppelnamen zu führen, um so den bisherigen Namen zu behalten. Damit hat sich die Situation für die Frau mit der letzten Revision im Jahr 2013 im Ergebnis sogar verschlechtert (vgl. Erläuternder Bericht, S. 8 f.).

Mit der nun vorgeschlagenen Revision soll das Namensrecht dahingehend revidiert werden, dass die beiden derzeit bestehenden Möglichkeiten der Namensführung während der Ehe um die Möglichkeit eines amtlichen Doppelnamens erweitert wird. Die Namensführung der Kinder soll dabei nicht geändert werden.

Die Konsultationsunterlagen umfassen einen erläuternden Bericht sowie einen Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches.

II.

Das Volkswirtschaftsdepartement hat das Zivilstandsamt Schaffhausen zum Mitbericht eingeladen. Dessen Ausführungen werden in der Vernehmlassung berücksichtigt.

Die Ermöglichung von Doppelnamen ist grundsätzlich zu begrüßen, da diese den Eheleuten die Möglichkeit bietet, ihre Zusammengehörigkeit mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, ohne dass eine oder einer der beiden auf den vor der Ehe geführten Namen verzichten muss. Ein Mehraufwand für das Zivilstandsamt ist durch die Ermöglichung der Führung von Doppelnamen nicht zu erwarten, da die Verlobten lediglich auf die weitere Namensvariante hingewiesen werden müssen.

Diskutiert werden zwei verschiedene Umsetzungsvarianten des Doppelnamens (Erläuternder Bericht, S. 11 ff.):

- Die *"kleine Lösung"* sieht vor, dass die oder der Verlobte, deren oder dessen Ledigname nicht zum gemeinsamen Familiennamen wird, dem Familiennamen den vor der Ehe geführten Namen voranstellen darf. Diese Regelung entspricht weitgehend dem Doppelnamen vor dem Inkrafttreten des geltenden Rechts.
- Die *"grosse Lösung"* sieht vor, dass die Möglichkeit der Führung eines Doppelnamens beiden Eheleuten offenstehen soll, unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Familienname gebildet wird oder nicht. Das heisst der eheliche Doppelname setzt sich dann entweder aus dem eigenen bisherigen und dem nachgestellten Ledignamen der oder des anderen Verlobten oder dem Familiennamen und dem nachgestellten bisherigen Namen der oder des Verlobten, deren oder dessen Name nicht zum Familiennamen erklärt wurde, zusammen.

Die Namensvoranstellung wird in der Praxis hauptsächlich von Personen gewünscht, deren Ledigname nicht der Familienname der Kinder wurde. Aus praktischer Sicht ist daher die *"kleine Lösung"* zu bevorzugen. Bei den Übergangsbestimmungen sollte allerdings Art. 8a^{bis} VE-SchIT ZGB überdacht werden: Derzeit ist nur vorgesehen, dass ein Ehegatte, der seit der Revision am 1. Januar 2013 den Ledignamen des anderen führt, gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten erklären kann, dass er den vor der Eheschliessung geführten Namen dem Familiennamen voranstellen möchte. Dies berücksichtigt jedoch jene Ehegatten nicht, welche nach der Revision im Jahr 2013 zwar gerne einen gemeinsamen Familiennamen getragen hätten, jedoch gleichzeitig nicht bereit waren, ihren Ledignamen aufzu-

geben und sich daher – mangels Alternativen – dafür entschieden haben, beide den Ledignamen zu behalten. Die Übergangsbestimmungen sind daher insofern anzupassen, dass auch Ehegatten, welche beide ihren Ledignamen behalten haben, erklären können, den für die (zukünftigen) Kinder bestimmten Familiennamen als gemeinsamen Familiennamen hinter dem Ledignamen anzufügen. Dadurch wären auch keine Auswirkungen auf den Familiennamen der Kinder zu befürchten (vgl. Erläuternder Bericht, S. 22).

Sofern dennoch die "grosse Lösung" gewählt werden würde, schlägt die Kommission für Rechtsfragen drei verschiedene Umsetzungsvarianten vor (Erläuternder Bericht, S. 18 f.):

- Variante 1: Im Ausweis wird nur noch der amtliche Name geführt, da mit der Möglichkeit, den Allianznamen zum amtlichen Namen zu machen, das Bedürfnis, einen nicht-amtlichen Allianznamen in die Ausweispapiere aufzunehmen, entfällt.
- Variante 2: Im Ausweis darf grundsätzlich nur noch der amtliche Name geführt werden. Bestehende Einträge im Ausweis können allerdings in künftige Ausweise übernommen werden. Das heisst, diejenigen Personen, die heute den Allianznamen in ihren Ausweispapieren führen, sind nicht gezwungen, eine Änderung ihres amtlichen Namens vorzunehmen.
- Variante 3: Bei dieser Variante soll die bisherige Praxis weitergeführt werden. Das heisst Allianznamen können entsprechend der heutigen Praxis in den Ausweisen unabhängig vom amtlichen Namen weiterhin zugelassen werden.

Die Variante 1 ist zu bevorzugen: Es macht aus praktischen Überlegungen Sinn, dass der Ausweis den Zivilstandsregistern entspricht, sprich nur der amtliche Name im Ausweis aufgeführt wird. So gibt es keine Diskrepanzen mehr zwischen den Registern. Der Allianzname führt jeweils zu Diskussionen und offenen Fragen, die vom Zivilstandsamt beantwortet werden müssen. Dies da viele davon ausgehen, der Allianzname sei auch der amtliche Name. Durch die Variante 1 würden diese Probleme behoben.

III.

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements wird

b e s c h l o s s e n :

1. Der Entwurf des Volkswirtschaftsdepartements zur "Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative (Stamm) Walliser: Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat" wird beraten und verabschiedet.

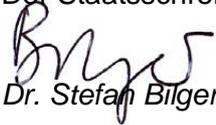
2. Mitteilung an:

- Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, 3003 Bern (mit separatem Schreiben per E-Mail an eazw@bj.admin.ch [als PDF und Word-Dokument])

je unter Beilage einer Kopie des Schreibens an die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates:

- Volkswirtschaftsdepartement (sekretariat.vd@sh.ch)
- Zivilstandsamt Schaffhausen (mariangela.lofrano_verrilli@stsh.ch)
- Amt für Justiz und Gemeinden (justiz.gemeinden@sh.ch)

Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

27. September 2022

Vernehmlassung zu 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat

Sehr geehrter Herr Vizepräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Rechtsfragen hat in Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 17.523 (Stamm) Walliser an ihrer Sitzung vom 20. Mai 2022 einen Vorentwurf und erläuternden Bericht verabschiedet und den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. Wir nehmen dazu wie folgt Stellung:

1. Grundsätzliches

Nach dem seit 2013 geltenden Namensrecht können Verlobte bei der Eheschliessung erklären, ob sie den zum Zeitpunkt der Eheschliessung geltenden Namen behalten wollen oder erklären, dass sie den Ledignamen der oder des Verlobten als gemeinsamen Familiennamen tragen wollen. Mit dem gemeinsamen Familiennamen können Paare ihre Zusammengehörigkeit zum Ausdruck bringen und die namensmässige Verbindung beider Eheleute zu ihren Kindern herstellen. Die Wahl eines gemeinsamen Familiennamens geht jedoch mit dem Verzicht auf den vor der Ehe geführten Namen eines oder einer Verlobten einher.

Dass bei der Wahl eines Familiennamens eine Person auf den bisher geführten Namen verzichten muss, dürfte für viele Paare nicht zufriedenstellend sein, gehört doch auch der bisherige Name zur Persönlichkeit und Identität eines Menschen. Gleichzeitig kommt einem gemeinsamen Familiennamen grosse symbolische und praktische Bedeutung zu, gerade wenn das Paar gemeinsame Kinder hat.

Angesichts dessen begrüssen wir die Stossrichtung der Parlamentarischen Initiative, welche die Führung eines Doppelnamens nach der Heirat vorsieht. Damit würde das Namensrecht für Ehepaare liberaler und es würden Wahlmöglichkeiten geschaffen, mit welchen zum einen dem Grundgedanken, wonach eine Person das ganze Leben den gleichen Namen tragen soll und zum anderen dem Wunsch nach einem gemeinsamen Familiennamen Rechnung getragen wird.

Es bestehen nun zwei Varianten, die «kleine Lösung», bei welcher eine oder einer der Verlobten erklären kann, zusätzlich zum vor der Ehe geführten Namen den Familiennamen zu tragen. Bei der «grossen Lösung» können beide Ehegatten einen Doppelnamen führen, und zwar mit und ohne Bindestrich.

2. Anregungen

Auch wenn die Stossrichtung zu begrüssen ist, so regen wir an, das gesamte Namensrecht einer umfassenden Revision zu unterziehen. Dies aus folgenden Gründen:

Gemäss dem erläuternden Bericht soll der Name der Kinder nicht angepasst werden. Dies ist aus unserer Sicht abzulehnen. Wenn das neue Namensrecht auch für Ehepaare gelten soll, die vor der Gesetzesanpassung geheiratet haben, so ist zwingend auch eine entsprechende Regelung für die Kinder zu treffen. Andernfalls kann die kaum gewollte Situation entstehen, dass ein minderjähriges Kind als einziges Familienmitglied den Ledignamen eines Elternteils trägt, währenddessen die Eltern aufgrund der Gesetzesrevision nun einen gemeinsamen Familiennamen tragen. Die Möglichkeit der Wahl eines Familiennamens ist deshalb auch in Art. 270 und 270a ZGB vorzusehen.

Weiter sollte die Fixierung auf den Ledignamen aufgehoben und Art. 160 Abs. 2 und 3 ZGB in die Revision miteinbezogen werden. Der Begriff «Ledigname» soll deshalb in diesen Bestimmungen durch «Name» ersetzt werden.

Angesichts dieser wesentlichen Änderungen wäre es unseres Erachtens angezeigt, die Vorlage nochmals zurück zu nehmen und das Namensrecht umfassend, also unter Einbezug des Namensrechts der Kinder, einer Überarbeitung zu unterziehen.

Sollte eine umfassende Überarbeitung nicht vorgenommen werden, ist aus unserer Sicht die «grosse Lösung» anzustreben. Wir sehen keine Gründe, bei der Wahl des Namens nicht die grösstmögliche Freiheit zu gewähren.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Dr. Remo Ankli
Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates
eazw@bj.admin.ch

Schwyz, 20. September 2022

Vernehmlassung PI: «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates in Umsetzung der parlamentarischen Initiative PI 17.523 den Kantonsregierungen die Unterlagen zu einem Vorentwurf zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat zur Vernehmlassung bis 8. Oktober 2022 unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Wir stellen fest, dass das Bedürfnis nach einem Doppelnamen ganz klar da ist. Beinahe wöchentlich gehen dazu bei der kantonalen Namensänderungsbehörde Anfragen ein. Aus diesem Grund begrüssen wir den Vorschlag der parlamentarischen Kommission, die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches zur Namensführung der Ehegatten zur Diskussion zu stellen. Die beiden vorgeschlagenen Varianten lehnen wir jedoch ab. Die beiden Lösungsansätze gehen einerseits zu wenig weit und sind andererseits zu komplex, um alltagstauglich angewendet zu werden. Ebenfalls ist zu evaluieren, in welchen Fällen das aktuelle Namensrecht ungenügend ist und Namensänderungsbehörden im Rahmen von Art. 30 Abs. 1 ZGB korrigierend eingreifen müssen. Dabei sind auch die Namensrechtsbestimmungen der Kinder in die Vorlage einzubeziehen.

Mit Blick auf die zu beurteilenden Namensänderungsgesuche im Kanton Schwyz schlagen wir Ihnen deshalb vor, die Vorlage vollständig zu überarbeiten und insbesondere folgende Eckpunkte zur Diskussion zu stellen:

- Das Prinzip des Ledignamens ist zu überdenken und es ist zur rechtlichen Situation vor dem Jahr 2013 zurückzukehren. Insbesondere sollen Kinder auch den aktuell geführten Namen eines Elternteils tragen dürfen, welcher nicht ein Ledigname ist.
- Das Prinzip des Allianznamens hat sich in der Schweiz etabliert. Diese Art der Namensführung soll Eingang in die Zivilstandsregister finden. Dabei soll jedoch eine fixe Vorgabe hinsichtlich eines Bindestrichs gemacht werden.

- Lebenssituationen in bestehenden Ehen ändern sich. Allenfalls ist zu prüfen, ob die Ehegatten nicht mittels einmaliger Erklärung vor dem Zivilstandsamt die Namensführung an die gelebte Situation anpassen können.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Kommissionspräsident, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



André Rügsegger
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
Herr Vincent Maitre
Vizepräsident
3003 Bern

Frauenfeld, 4. Oktober 2022
590

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat) in Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 17.523

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Vizepräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) betreffend Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat und teilen Ihnen mit, dass wir keine der beiden Varianten in der vorgeschlagenen Ausgestaltung unterstützen.

Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen das Bedürfnis zahlreicher heiratswilliger Personen, nach der Heirat einen ehelichen, amtlichen Doppelnamen zu führen. In Anbetracht dieser Ausgangslage ist die Einführung der Möglichkeit zur Bildung eines Doppelnamens klar angezeigt und wird von uns auch befürwortet. Ebenso begrüssen wir die angedachte Stossrichtung, eine einfache und schlanke Lösung zu schaffen, die sich auch leicht umsetzen lässt. Mit den beiden Vorschlägen wird jedoch das angestrebte Ziel nicht erreicht, weshalb wir uns folgende Bemerkungen gestatten:

- Die Vorlage soll gemäss Entwurf keine Auswirkungen auf die **Namensführung der Kinder** haben. In diesem Bereich sehen wir jedoch einen Änderungsbedarf, da in der Praxis ein grosses Bedürfnis besteht, nach aussen eine namensmässige Verbindung beider Eltern zu den Kindern sichtbar zu machen. Diesbezüglich sollten ebenfalls entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden.
- Es ist nicht einzusehen, weshalb bei der **kleinen Lösung** die Möglichkeit der Führung eines amtlichen Doppelnamens nur für einen von beiden Ehegatten offenstehen soll. Dieser Vorschlag verkennt das gleichberechtigte und gegenseitig bestehende Bedürfnis von beiden Eheleuten, eine namensrechtliche Verbindung zum Ehepartner herstellen und gleichzeitig den eigenen Namen weiterführen zu können. Auch ist die starre Vorgabe der Reihenfolge der Namen im Doppelnamen (Voranstellung des Ledignamens) für uns nicht nachvollziehbar.

2/2

- Bei der **grossen Lösung** würde gemäss Entwurf beiden Verlobten ermöglicht, einen amtlichen Doppelnamen zu führen, was grundsätzlich begrüsst wird. Die vorgeschlagene Regelung bei der grossen Lösung erscheint jedoch als unnötig kompliziert und künstlich erzwungen. Auf der einen Seite enthält sie viele Wahlmöglichkeiten, auf der anderen Seite werden diese Wahlmöglichkeiten sogleich wieder eingeschränkt.
- Das Namensrecht soll künftig um die Möglichkeit der Führung eines amtlichen Doppelnamens für beide Eheleute erweitert werden. Unserer Ansicht nach drängt sich daher eine gesetzliche Regelung des **Allianznamens** nicht auf. Die Möglichkeit der Bildung eines amtlichen Doppelnamens sollte genügen.

Wir regen daher an, unter Berücksichtigung der bewährten Grundsätze und Prinzipien eine Lösung mit folgenden Möglichkeiten zu prüfen:

- Die Eheleute behalten ihren bisherigen Namen (Ledignamen oder aktuell geführter Name).
- Mittels Namensklärung kann durch die Verlobten gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten erklärt werden, einen ihrer Ledignamen als gemeinsamen Familiennamen oder einzeln oder gemeinsam einen Doppelnamen (ohne Bindestrich) zu führen, bestehend aus dem jeweiligen Ledignamen der Ehegatten, unter freier Wahl der Reihenfolge.
- Die Eheleute bestimmen den Namen der gemeinsamen Kinder (Ledignamen der Mutter, Ledignamen des Vaters, gemeinsamer Familiennamen, einer der beiden Namen des Doppelnamens).
- Der Allianznamen wird rechtlich nicht reglementiert, sondern es wird weiterhin eine gewohnheitsrechtliche Führung ermöglicht.

Gemäss dem erläuternden Bericht wurde ein ähnlicher Lösungsansatz mit der Begründung verworfen, dass die freie Kombinierbarkeit zu unübersichtlichen Ergebnissen führe, die dem System des bisherigen namensrechtlichen Konzepts bei Eheschliessung widerspreche. Dazu gilt es zu bemerken, dass auch die nun vorgeschlagene „grosse Lösung“ vom bisherigen Konzept abweichen würde. Auch stellt sich die Frage, inwieweit und für welchen Adressatenkreis der Zivilstand und die Abstammung am geführten Doppelnamen überhaupt erkennbar sein muss.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber





Numero
4830

fr

0

Bellinzona
5 ottobre 2022

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Consiglio nazionale
Commissione degli affari giuridici
CH-3003 Berna

Invio per posta elettronica (Word e pdf):
eazw@bj.admin.ch

Procedura di consultazione concernente l'iniziativa parlamentare 17.523 n Iv. Pa. (Stamm) Walliser - Possibilità di portare il doppio cognome dopo il matrimonio

Gentili signore,
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 17 giugno 2022 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, ci permettiamo di sottoporvi le seguenti osservazioni.

La prima delle due varianti proposte (soluzione piccola) ricalca in gran parte la situazione giuridica vigente fino al termine del 2012, dove la moglie assumeva il cognome del marito, potendo però anteporre al cognome coniugale quello che portava prima del matrimonio. Il marito poteva assumere il cognome della moglie ed eventualmente anteporre il proprio solo per il tramite di un cambiamento del cognome, art. 30 cpv. 2 CC. Tale variante non permetterebbe tuttavia ad entrambi i coniugi di assumere il doppio cognome poiché la prerogativa spetterebbe unicamente al coniuge il cui cognome da nubile o celibe non venisse scelto quale cognome coniugale comune e questo – alla luce dell'evoluzione della nostra società negli ultimi 10 anni – non porrebbe i due coniugi in una situazione di uguaglianza. Vi è inoltre l'art. 8a^{bis} cpv. 3 del titolo finale, il quale risulta discriminatorio poiché dovrebbe permettere, per analogia, anche alle coppie che hanno costituito un'unione domestica registrata di poter anteporre il cognome da celibe/nubile al cognome coniugale.

La seconda variante in oggetto (soluzione grande) prevede un numero di combinazioni dei cognomi dei coniugi troppo articolato e complesso. Ciò arrischia di creare confusione e incertezze senza un vero e proprio beneficio. Tanto più che per i figli come avremo modo di specificare meglio di seguito dovrà ancora essere definito un unico cognome di famiglia, che molto probabilmente nella maggior parte dei casi, come lo ha mostrato la prassi instauratasi negli anni, sarà quello del padre (cfr. Rapporto esplicativo, punto 2.4, pp. 8-9).

RG n. 4830 del 5 ottobre 2022

Va però evidenziato che tale variante prevede di concedere il doppio cognome ad entrambi i coniugi, essa risulta dunque più rispettosa per quanto riguarda la parità fra i coniugi. Inoltre, per chi porta già un doppio cognome derivante da un precedente matrimonio, la seconda variante permetterebbe di scegliere se tenere il proprio cognome da nubile/celibe oppure il cognome del primo marito/prima moglie. Questa variante è sicuramente quella più adeguata dal punto di vista dei valori della società odierna per rapporto al principio dell'equivalenza dei ruoli di entrambi i coniugi, tuttavia dovrebbe essere semplificata, ad esempio togliendo la possibilità di decidere se unire i due cognomi con un trattino o meno.

Per garantire una migliore parità di trattamento di entrambi i coniugi sarebbe opportuno valutare la questione legata al cognome delle persone sposate congiuntamente alle possibilità previste per la conduzione del cognome dei figli. Infatti, nel concreto, il desiderio di portare un doppio cognome spesso viene meno a causa dell'impossibilità di poter attribuire il doppio cognome ai figli. Di conseguenza, una revisione di tale portata andrebbe integrata con la revisione del diritto sul cognome dei figli.

In conclusione, preso atto della volontà dei coniugi sin dal 2013 di ripristinare il doppio cognome, siamo dell'avviso che andrebbe modificata al più presto la legge in tale senso. Delle due varianti proposte quella definita "soluzione grande" è quella che si inserisce meglio nel contesto sociale e culturale odierno. Cionondimeno a nostro avviso per raggiungere integralmente lo scopo perseguito andrebbe semplificato e la tematica andrebbe affrontata congiuntamente alla revisione delle disposizioni legali inerenti alla conduzione del cognome dei figli.

Segnaliamo infine che a partire dal 2013, con lo scioglimento del matrimonio non è più possibile effettuare una dichiarazione per riprendere il cognome portato prima del matrimonio, bensì solo quello da nubile/celibe. Sarebbe pertanto opportuno in questo contesto valutare il ripristino di tale possibilità.

Cogliamo l'occasione per porgere i nostri migliori saluti.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Claudio Zali

Il Cancelliere

Arnaldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Sezione della popolazione (di-sp.direzione@ti.ch)
- Delegata per le pari opportunità (pariopportunita@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Conferenza delle autorità cantonali di vigilanza sullo stato civile (info@kaz-zivilstandswesen.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 17. Juni 2022 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens in Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 17.523 (Stamm) eingeladen, zum Vorentwurf zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat Stellung zu nehmen. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Wir begrüssen die Vorlage, die bezweckt, die im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Möglichkeiten der Namensführung während der Ehe um einen amtlichen Doppelnamen zu erweitern. Dabei favorisieren wir die «grosse Lösung». Im Gegensatz zur «kleinen Lösung» bietet die «grosse Lösung» in Zukunft beiden Ehegatten die Möglichkeit, einen Doppelnamen zu führen, unabhängig davon, ob sie einen gemeinsamen Familiennamen bilden oder ihren bisherigen Namen behalten, um diesem den bisherigen Namen des anderen hinzuzufügen, und zwar wahlweise mit oder ohne Bindestrich. Gleichzeitig kann damit der bislang nicht als amtlicher Name anerkannte Allianzname gesetzlich geregelt werden. Betreffend die zukünftige Verwendung des Allianznamens favorisieren wir Variante 1.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 30. September 2022



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

A blue ink signature consisting of stylized, overlapping letters.

Urs Janett

Der Kanzleidirektor

A blue ink signature consisting of a large, flowing initial 'R' followed by 'Balli'.

Roman Balli

Réf. : 22_COU_5374

Lausanne, le 28 septembre 2022

Consultation fédérale (CE) 17.523 n lv. pa. (Stamm) Walliser. Autoriser le double nom en cas de mariage

Monsieur le Vice-président,
Mesdames les Conseillères nationales, Messieurs les Conseillers nationaux,

Le Conseil d'Etat vaudois vous remercie de l'avoir consulté et vous fait parvenir par la présente ses déterminations dans le cadre de la consultation sur l'avant-projet de la modification législative qui met en œuvre l'initiative parlementaire citée en titre.

Le Conseil d'Etat accueille favorablement la présente modification législative et salue la réintroduction du double nom des époux au sein du Code civil. En effet, depuis la révision législative sur le droit du nom en 2013 et l'abandon des doubles noms, on constate une très forte demande provenant principalement des femmes concernant l'acquisition d'un nom double.

Vu ce qui précède, le Conseil d'Etat adhère au constat de la nécessité d'une révision puisque, visiblement, la précédente révision en matière de nom de famille n'a pas atteint le but souhaité de l'égalité entre les femmes et les hommes en matière de nom matrimonial.

Il est à relever que les deux variantes proposées par le projet de modification législative prévoient la possibilité de déclarer à l'officier de l'état civil vouloir conserver le nom porté jusqu'alors suivi du nom de famille. Le Conseil d'Etat souligne l'avantage de cette opportunité de pouvoir former un double nom avec le nom acquis d'un précédent mariage, permettant ainsi de maintenir un lien visible avec les enfants d'un premier lit.

S'agissant de la « petite solution », qui reprend principalement le droit en vigueur avant 2013, elle apparaît d'emblée bien trop restrictive et ne répond pas au principe de l'égalité entre les sexes, conséquence d'ailleurs de son abrogation. En effet, il appert que seul un des époux pourra porter un double nom ; l'autre époux est donc directement préterité en ce sens qu'il conservera son nom mais doit renoncer à y faire apparaître son lien matrimonial en ajoutant le nom de son époux(se). A cet égard, le rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national (ci-après : le rapport) comporte

une contradiction au chapitre 4.1, page 12/28, premier paragraphe, où il est fait mention à propos des deux solutions que la déclaration de vouloir porter un double nom peut être remise par l'un des fiancés ou les deux. Or, la « petite solution » exclut justement cette dernière possibilité.

Au niveau des dispositions transitoires de la « petite solution », il sied de relever la contrainte de devoir passer par une procédure au sens de l'art. 30 CC pour les époux ayant choisi de garder leur nom lors du mariage et qui souhaitent désormais former un double nom. Ces personnes sont alors désavantagées par rapport à celles qui ont pris le nom de leur conjoint, puisque le changement de nom prévu par l'art. 30 CC est soumis à la condition des motifs légitimes, donc à une analyse approfondie du cas particulier et à un émoulement plus onéreux que celui prévu pour une simple déclaration de nom devant l'officier de l'état civil.

S'agissant de la « grande solution », elle ouvre la possibilité de choisir un double nom aux deux époux et correspond en ce sens à l'égalité entre les conjoints recherchée par la révision du Code civil.

Le Conseil d'Etat relève toutefois, dans la rédaction du projet de modification, une tournure contradictoire. Il est en effet indiqué :

« Art. 160, al. 4 et 5

(al. 4) Tout fiancé peut déclarer à l'officier de l'état civil vouloir porter un double nom. En ce cas, les deux noms peuvent être reliés par un trait d'union. Le double nom peut être formé comme suit :

1. si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut suivre le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé ;
2. si les fiancés déclarent que le nom de célibataire de l'un d'eux sera le nom de famille commun, le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé peut suivre ce nom commun.

(al. 5) Si un fiancé porte déjà un tel double nom, seul un des deux noms peut être utilisé pour former le nouveau double nom ».

Il ressort du chiffre 1 de l'al. 4 qu'en cas de double nom composé par les deux noms, le nom porté jusqu'alors du fiancé déclarant suit le nom de célibataire de sa fiancée ou son fiancé. Cela semble contraire à ce qui est exposé dans le rapport explicatif (page 22/28, avant dernier paragraphe) et dans la lettre aux gouvernements où il est indiqué que pour la grande solution « Le double nom se compose alors soit du nom porté avant le mariage par la personne concernée, suivi du nom porté avant le mariage par son fiancé ou sa fiancée soit du nom de famille choisi par les époux, suivi du nom de la personne dont le nom porté avant le mariage n'a pas été choisi comme nom de famille ». Il conviendrait donc plutôt d'indiquer que « si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut être suivi du nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé ».

S'agissant des fiancés qui portent déjà un double nom, le rapport comporte une contradiction à la page 23/28, deuxième paragraphe. Il y est mentionné que la personne qui porte déjà un double nom matrimonial peut utiliser uniquement le premier nom pour former le nouveau double nom. Or, l'art. 160 al. 5 du projet mentionne que les fiancés ont le choix de composer leur nouveau double nom avec l'un ou l'autre des deux noms actuellement porté.

En conséquence, le Conseil d'Etat privilégie la liberté de choix de former un double nom, avec le premier ou le second nom, dans un but d'économie de procédure. On évitera ainsi une déclaration de nom supplémentaire et des frais qui s'accumulent.

Au sujet de l'introduction de la possibilité de composer un double nom officiel avec un trait d'union, le Conseil d'Etat estime qu'elle est positive en ce sens qu'elle permet à celles et ceux qui portent actuellement un nom d'alliance, de l'officialiser sans modification et de maintenir une continuité dans leur identité.

Concernant les trois options présentées pour le nom d'alliance, le Conseil d'Etat s'interroge sur la mise en œuvre de la première option, laquelle prévoit de faire coïncider le nom officiel avec le nom d'alliance figurant sur le passeport au plus tard lors du renouvellement des documents d'identité. Par quels biais et à quel moment l'officier de l'état civil serait-il informé des modifications à effectuer ?

En effet, le renouvellement d'un passeport peut faire l'objet d'une demande urgente en vue d'un départ à l'étranger. Or, l'enregistrement d'un nom d'alliance dans le registre fédéral de l'état civil sera soumis à un rendez-vous obligatoire en présence d'un officier de l'état civil. De plus, elle contraint les époux à effectuer une modification de leurs documents d'identité, ou même de leur nom officiel, en dehors de leur volonté.

La deuxième option présente l'avantage du choix des époux de conserver leur nom d'alliance, lesquels ne seraient par conséquent pas « forcés » de modifier leur nom à l'occasion d'un renouvellement urgent de passeport. Toutefois, pour les futurs époux, seul le nom officiel peut figurer sur les documents d'identité.

La troisième option est celle qui offre le plus de choix aux couples. Les personnes qui se marieront après l'entrée en vigueur du nouveau droit pourront continuer à choisir un nom unique à l'état civil (soit le nom de célibataire, soit le nom commun) et se prévaloir d'un double nom dans leurs démarches quotidiennes, tout comme elles pourront choisir un double nom sans trait d'union à l'état civil et le faire figurer néanmoins dans leurs documents d'identité. La discordance entre l'identité officielle et l'identité ressortant des pièces d'identité n'est pas sujette à des inconvénients particuliers, la législation actuelle présentant déjà un tel contexte.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat se positionne favorablement envers la « grande solution » et sa troisième option, qui semblent le mieux correspondre aux attentes actuelles et futures de la population.

Pour le surplus, le Conseil d'Etat s'interroge sur l'application de l'art. 30 CC et ses motifs légitimes notamment dans le cadre du droit transitoire et du souhait de former un double nom avec le nom de l'ex-conjoint, particulièrement lorsque les enfants portent le nom de célibataire de l'ex-conjoint. Il apparait ici que la condition des motifs légitimes devrait être admise avec une certaine souplesse.

Enfin, le Conseil d'Etat souhaite marquer son étonnement en ce qui concerne l'absence de réflexion, dans le rapport, concernant le double nom des enfants. On prend pour exemple les femmes qui, à la suite de leur divorce, sont poussées à garder le nom de leur ex-époux pour maintenir le lien relatif au nom avec leurs enfants. Le principe d'égalité impliquerait donc d'étudier l'opportunité d'introduire un double nom pour les enfants également, composé des noms de célibataire des parents.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, le Conseil d'Etat vaudois vous prie de croire, Monsieur le Vice-président, Mesdames les Conseillères nationales, Messieurs les Conseillers nationaux, à l'expression de ses sentiments les meilleurs.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Aurélien Buffat



2022.03940



Conseil National
Commission des affaires juridiques
Monsieur Vincent Maître
Vice-président
3003 Berne



Notre réf. /
Votre réf. /

Date 21 septembre 2022

Procédure de consultation : Initiative parlementaire 17.523 n (Stamm) Walliser. Autoriser le double nom en cas de mariage

Monsieur le Vice-président,

Nous nous référons à votre courrier du 17 juin 2022 et vous communiquons, ci-après, notre prise de position relative à l'avant-projet de modification du Code civil suisse visant à autoriser le port d'un double nom officiel en cas de mariage.

Jusqu'en 2013, les fiancés pouvaient choisir un double nom au moment du mariage. Cette possibilité a été abolie, de sorte qu'ils doivent aujourd'hui choisir entre conserver leur nom ou prendre un nom de famille commun, c'est-à-dire le nom de célibataire de l'un ou de l'autre. Ce nouveau système, modifié il y a moins de dix ans, a fait ses preuves. Le choix du nom au moment du mariage a ainsi été simplifié et clarifié ; il permet en outre de conserver les principes de l'immutabilité du nom de naissance et de l'égalité entre les époux. Le plus souvent, les fiancés sont satisfaits des options qui leur sont offertes et, dans 90% des cas, la fiancée choisit de porter le nom de son mari.

Dans ces conditions, nous sommes d'avis que la réintroduction du double nom ne ferait que complexifier le choix du nom au moment du mariage. Le système serait d'autant plus complexe que le double nom ne remplacerait pas le choix actuel entre conserver chacun son nom ou prendre le nom de célibataire de l'un ou de l'autre ; au contraire, il se superposerait à celui-ci. Pour s'en convaincre, il suffit de se pencher sur le texte de l'avant-projet, qui nécessite plusieurs lectures pour être compris de tout un chacun, qu'il s'agisse de la « petite solution » (art. 160 al. 2 AP) ou de la « grande solution » (art. 160 al. 4 et 5 AP). Le double nom a aussi comme inconvénient de ne pas être bien compris par la population, puisqu'avant 2013, les tiers ne savaient pas d'où provenaient les deux noms portés, dans quel ordre ils étaient utilisés, si un trait d'union devait être ajouté et s'il s'agissait d'un nom officiel. Par ailleurs, il ne faut pas perdre de vue que nous sommes le seul pays au monde à distinguer le nom de célibataire et celui porté avant le mariage (le nom porté « jusqu'alors »). Combiner ces deux notions avec le double nom rend le système proposé encore plus incompréhensible pour les fiancés.

Il faut aussi garder à l'esprit que les générations actuelles ont connu trois systèmes différents en matière de droit suisse du nom au moment du mariage et côtoient toutes sortes de personnes, suisses ou étrangères, portant d'autres combinaisons de noms tirées du droit étranger. Avant 1988, l'épouse devait obligatoirement prendre le nom de leur mari. Entre 1988 et 2013, le double



nom a été introduit pour permettre à la fiancée de conserver son nom. Puis, de 2013 à aujourd'hui, chaque époux a pu garder son nom ou le couple choisir un nom de famille commun (le nom de célibataire de l'un ou de l'autre). Du fait de cette succession de modifications législatives, avec différentes dispositions transitoires, nos concitoyens ne connaissent plus le système en vigueur. Alors le modifier encore une fois dans un aussi court laps de temps n'amènerait que confusion et malentendus.

Nous comprenons que certaines personnes souhaitent conserver leur nom et y ajouter le nom de leur conjoint. Mais notre législation en matière de documents d'identité permet déjà de faire apparaître le nom d'alliance sur la carte d'identité ou le passeport. Il est aussi possible de porter officieusement un double nom, par exemple dans le cadre d'une activité professionnelle, sans pour autant modifier le droit du nom.

Cela étant, pour les motifs précités, nous ne sommes pas favorables aux modifications envisagées, quelle que soit la variante proposée.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous adressons, Monsieur le Vice-président, nos salutations distinguées.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président



Roberto Schmidt



Le chancelier



Philipp Spörri

Copie à eazw@bj.admin.ch

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Zug, 20. September 2022 sa

**17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat
Vernehmlassung des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Kommissionsvizepräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kommissionsmitglieder

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie uns zur Vernehmlassung mit Frist bis 8. Oktober 2022 eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns gerne wie folgt:

Der Kanton Zug sieht grundsätzlich keinen Bedarf, die gesetzlichen Grundlagen des Namensrechts aus dem Jahr 2013 bereits wieder zu ändern. Mit der vorliegenden Teilrevision erfahren die damaligen Ziele, insbesondere dass die gesetzliche Namensregelung einfach und transparent sein solle sowie im Interesse einer möglichst einfachen und klaren Regelung der amtliche Doppelname aufgehoben werden solle, innert einer kurzen Zeitspanne, d.h. nach weniger als 10 Jahren, eine komplette Kehrtwende.

I. Anträge

1. Es sei keine Anpassung des geltenden Namensrechts vorzunehmen.
2. Falls eine Änderung angestrebt wird, sei die «grosse Lösung» zu bevorzugen.

II. Begründung

Zu Antrag 1:

Seit der Einführung der letzten Revision des Namensrechts sind noch keine 10 Jahre vergangen. Die damalige parlamentarische Initiative hatte zum Ziel, dass «die gesetzliche Namensregelung einfach und transparent sein soll» und «im Interesse einer möglichst einfachen und klaren Regelung der amtliche Doppelname aufgehoben werden soll». Mit der vorliegenden Teilrevision stehen diese Ziele unseres Erachtens nun nicht mehr im Vordergrund. Bezugnehmend auf die Ermöglichung zur Führung von amtlichen Doppelnamen bei der Heirat hat eine Umfrage bei den zugerischen Zivilstandsämtern gezeigt, dass anlässlich der Ehevorbereitungsverfahren die Frage der Namensführung oft diskutiert wird, diese Thematik dank der Möglichkeit der Füh-

zung des Allianznamens im Reisepass und in der Identitätskarte in den allermeisten Fällen jedoch zufriedenstellend gelöst werden kann. Die seit langem existierende Gewohnheit, einen Allianznamen zu tragen, soll nicht geändert werden, weshalb es nicht nötig ist, dies im Gesetz zu verankern. Grundsätzlich dient der Name der Identifikation einer Person, womit sichergestellt wird, dass sie im Zusammenhang mit einem (Rechts-)Geschäft klar identifizierbar ist. Dem Ziel der Unveränderbarkeit des Namens kann mit dem geltenden Namensrecht besser Rechnung getragen werden, als mit den beiden Umsetzungsvarianten der vorliegenden parlamentarischen Initiative.

Zu Antrag 2:

Gemäss der Umsetzungsvariante «grosse Lösung» würde mit der Änderung des Namensrechts erneut die Möglichkeit geschaffen, der aus einer früheren Eheschliessung erworbene Familienname, d.h. der Familienname der Ex-Ehepartnerin bzw. des Ex-Ehepartners, wiederum einer neuen Partnerin bzw. einem neuen Partner zu übertragen. Der Sachverhalt der Übertragung des durch Heirat erworbenen Namens auf eine neue Partnerin oder einen neuen Partner und die späteren gemeinsamen Kinder wurde mit der Änderung des Namensrechts von 2013 ausgeschlossen. Auch wenn es mit der vorgeschlagenen «grossen Lösung» nicht mehr möglich sein wird, den Familiennamen einer Ex-Partnerin bzw. eines Ex-Partners auf die Kinder zu übertragen, begrüssen wir die Weiterübertragung des Familiennamens auf eine neue Partnerin bzw. einen neuen Partner nicht. Unseres Erachtens widerspricht die Weitergabe des Familiennamens der Ex-Ehepartnerin bzw. des Ex-Ehepartners auf die neue Partnerin bzw. auf den neuen Partner dem Grundsatz der Unveränderbarkeit des Namens und der eindeutig nachvollziehbaren Identifikation einer Person.

Sollte die Möglichkeit zur Führung von Doppelnamen bei der Heirat gemäss der «grossen Lösung» erneut eingeführt werden, schlagen wir vor, dass auch die Führung von Doppelnamen bei Kindern geregelt wird. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass in einigen Jahren eine entsprechende Anpassung anstehen wird. Aus diesem Grund sollte bereits heute eine umfassende und für längere Zeitdauer beständige Lösung angestrebt werden. Ausserdem soll die Führung eines Allianznamens nicht mehr möglich sein und im Ausweis soll nur noch der amtliche Doppelname geführt werden dürfen (analog Variante 1, Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, Ziff. 4.7, S. 18).

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anträge.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Martin Pfister
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- eazw@bj.admin.ch
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung (PDF- und Word-Format)
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch)
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)
- Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst (zibu@zg.ch)



Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
3003 Bern

5. Oktober 2022 (RRB Nr. 1337/2022)

**Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches,
Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB, SR 210; Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat) Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Wir lehnen die Vorlage ab, da wir sie weder als dringend noch als nötig erachten. Angesichts der jetzigen Vorschläge ist nicht ersichtlich, wie eine überzeugende und tragfähige Lösung gefunden werden soll. Das erklärte Ziel der Vorlage, die Zusammengehörigkeit mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, wird klar nicht erreicht.

Sollte das Parlament dennoch eine Revision beschliessen, wären folgende Punkte zu beachten:

- Das heute geltende Prinzip des Ledignamens wäre abzuschaffen und es wäre zur rechtlichen Situation zwischen 1978 und 2012 zurückzukehren. Ein von einem Ehegatten geführter Name sollte Familienname sein können, unabhängig davon, ob es sein Ledigname ist. Nach einer Eheauflösung sollte die Rückkehr zum vor der Ehe getragenen Familiennamen oder Ledignamen jederzeit möglich sein. Kinder sollten den aktuell geführten Namen eines Elternteils tragen dürfen, unabhängig davon, ob dieser ein Ledigname ist.
- Lebenssituationen in bestehenden Ehen können sich ändern. Beispielsweise kommt es vor, dass sich ein Paar erst nach dem Eheschluss für oder gegen eigene Kinder entscheidet. Zu prüfen wäre, ob es Ehegatten ermöglicht werden sollte, mittels einmaliger Erklärung vor dem Zivilstandsamt die Namensführung an die gelebte Situation anzupassen.

- Ebenfalls wäre zu prüfen, ob die Verpflichtung zur Namensbestimmung der gemeinsamen Kinder während des Ehevorbereitungsverfahrens abzuschaffen ist. Es wäre sinnvoll, diese Entscheidung den Eltern im Zeitpunkt der Geburt zu überlassen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte,
den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Ernst Stocker

Dr. Kathrin Arioli

